

Gemeinde Surses  
Entwurf  
Teilrevision der  
Gemeindeverfassung

zuhanden der vorberatenden Gemeindeversammlung  
vom 24. April 2023

Aktuelle Fassung	Teilrevision
<p><b>I. Allgemeine Bestimmungen</b></p> <p><b>Art. 1 Die Gemeinde</b></p> <p>Die Gemeinde Surses ist eine öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft. Sie besteht aus den auf ihrem Gebiet wohnhaften Personen und setzt sich aus folgenden bisherigen Gemeinden zusammen: Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Sur und Tinizong-Rona.</p>	<p><b>I. Allgemeine Bestimmungen</b></p> <p><b>Art. 1 Die Gemeinde</b></p> <p>Die Gemeinde Surses ist eine öffentlich-rechtliche Gebietskörperschaft. Sie besteht aus den auf ihrem Gebiet wohnhaften Personen und setzt sich aus <b>den früheren</b> Gemeinden Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Sur und Tinizong-Rona <b>zusammen</b>.</p>
<p><b>Art. 2 Autonomie</b></p> <p>Im Rahmen der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons steht der Gemeinde das Recht der freien Selbstverwaltung zu.</p> <p>Die Gemeinde übt in den Grenzen ihrer gesetzlichen Zuständigkeit die Hoheit über alle auf ihrem Gebiet befindlichen Personen und Sachen aus.</p>	<p><b>Art. 2 Autonomie</b></p> <p>Im Rahmen der Gesetzgebung des Bundes und des Kantons steht der Gemeinde das Recht der freien Selbstverwaltung zu.</p> <p>Die Gemeinde übt in den Grenzen ihrer gesetzlichen Zuständigkeit die Hoheit über alle auf ihrem Gebiet befindlichen Personen, <b>Tiere</b> und Sachen aus.</p>
<p><b>Art. 3 Aufgaben A. Im Allgemeinen</b></p> <p>Die Gemeinde besorgt die Aufgaben, die sich ihr zum Wohle der Allgemeinheit stellen.</p> <p>Sie fördert die kulturelle, sprachliche und wirtschaftliche Entwicklung, die soziale und allgemeine Wohlfahrt ihrer Einwohner sowie die dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.</p> <p>Sie erlässt die notwendigen Gesetze und Verordnungen.</p>	<p><b>Art. 3 Aufgaben A. Im Allgemeinen</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 4 B. Auslagerung</b></p> <p>Die Gemeinde kann die Erfüllung bestimmter Aufgaben auf öffentlich- oder privatrechtliche Körperschaften, Anstalten, Stiftungen oder an Private übertragen und sich an solchen beteiligen.</p>	<p><b>Art. 4 B. Auslagerung</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 5 Amtssprache</b></p> <p>Romanisch ist die Amts- und Schulsprache der Gemeinde.</p>	<p><b>Art. 5 Amtssprache</b></p> <p>(Unverändert)</p>

<p>In Nachachtung des in der Bundes- und Kantonsverfassung festgeschriebenen Territorialitätsprinzips und in Berücksichtigung der herkömmlichen sprachlichen Zusammensetzung gilt für das Territorium der bisherigen Gemeinde Bivio eine spezielle Lösung. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des kantonalen Sprachengesetzes.</p> <p>Die Behörden der Gemeinde sorgen dafür, dass keine Angehörigen der einen oder anderen Sprachgemeinschaft aufgrund der Sprache benachteiligt oder von der politischen Mitwirkung ausgeschlossen werden.</p> <p>Die Anwendung der Sprachen in den verschiedenen Bereichen wird in einem entsprechenden Gesetz geregelt.</p>	
<p><b>Art. 6 Gleichstellung der Geschlechter</b></p> <p>Personen-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in dieser Verfassung beziehen sich auf beide Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn der Verfassung nichts anderes ergibt.</p>	<p><b>Art. 6 Gleichstellung der Geschlechter</b></p> <p>Personen-, Funktions- und Berufsbezeichnungen in dieser Verfassung beziehen sich auf <b>alle</b> Geschlechter, soweit sich aus dem Sinn der Verfassung nichts anderes ergibt.</p>
<p><b>Art. 7 Stimmfähigkeit</b></p> <p>Stimmfähig sind alle Personen, die das 18. Altersjahr erfüllt haben.</p> <p>Vom Stimm- und Wahlrecht ausgeschlossen sind Personen, die wegen dauernder Urteilsunfähigkeit unter umfassender Beistandschaft stehen oder durch eine vorsorgebeauftragte Person vertreten werden.</p>	<p><b>Art. 7 Stimmfähigkeit</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 8 Stimmberechtigung</b></p> <p>Stimmberechtigt in Gemeindeangelegenheiten sind die in der Gemeinde wohnhaften Schweizerbürger sowie Ausländer mit Niederlassungsbewilligung C, welche seit mindestens 5 Jahren ununterbrochen in der Gemeinde wohnhaft und angemeldet sind. Die Wohndauer in den bisherigen Gemeinden wird angerechnet.</p>	<p><b>Art. 8 Stimmberechtigung</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 9 Wählbarkeit</b></p> <p>Jeder Stimmberechtigte kann in eine Gemeindebehörde gewählt werden.</p>	<p><b>Art. 9 Wählbarkeit</b></p> <p>(Unverändert)</p>

<p><b>Art. 10     Amtdauer</b></p> <p>Die Amtdauer der Gemeindebehörden beträgt vier Jahre.</p>	<p><b>Art. 10     Amtdauer</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 11     Demission</b></p> <p>Jedes Mitglied einer Gemeindebehörde hat seine Demission spätestens bis zum 30. Juni vor der jeweiligen Wahl dem Gemeindevorstand schriftlich mitzuteilen.</p>	<p><b>Art. 11     Demission</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 12     Zeitpunkt der Wahlen und               Amtsantritt</b></p> <p>Die Wahlen zur Bestellung der Gemeindebehörden finden in der zweiten Jahreshälfte statt.</p> <p>Der Amtsantritt erfolgt am 1. Januar des darauf folgenden Jahres. Der abtretende Amtsinhaber ist zu einer geordneten Amtsübergabe verpflichtet.</p>	<p><b>Art. 12     Zeitpunkt der Wahlen und               Amtsantritt</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 13     Ersatzwahlen</b></p> <p>Scheidet im Laufe einer Amtsperiode ein Amtsinhaber aus irgendeinem Grunde definitiv aus dem Amt aus, so ist für den Rest der Amtsperiode eine Ersatzwahl zu treffen, sofern die nächste ordentliche Wahl nicht innerhalb der nächsten 9 Monate stattfindet. Für die Ersatzwahl gelten die gleichen Bestimmungen wie für die ordentlichen Wahlen.</p> <p>Sind die Voraussetzungen zur Durchführung einer Ersatzwahl nicht erfüllt, regeln die verbleibenden Behördenmitglieder die Geschäftserledigung unter sich.</p>	<p><b>Art. 13     Ersatzwahlen</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 14     Ausschlussgründe</b></p> <p>Verwandte und Verschwägerter in gerader Linie, Ehegatten, Geschwister und Personen, die in eingetragener Partnerschaft oder faktischer Lebensgemeinschaft leben, dürfen nicht gleichzeitig derselben Gemeindebehörde angehören.</p> <p>Diese Ausschlussgründe gelten auch zwischen Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission und den Mitgliedern des Gemeindevorstandes.</p>	<p><b>Art. 14     Ausschlussgründe</b></p> <p>(Unverändert)</p>

<p><b>Art. 15 Unvereinbarkeitsgründe</b></p> <p>Ein ständiger Gemeindeangestellter darf der ihm unmittelbar vorgesetzten Behörde nicht angehören. Er kann jedoch mit beratender Stimme zu den Verhandlungen zugezogen werden.</p> <p>Mitglieder des Vorstandes können nicht Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission sein.</p>	<p><b>Art. 15 Unvereinbarkeitsgründe</b></p> <p>Ein [...] Gemeindeangestellter darf der ihm unmittelbar vorgesetzten Behörde nicht angehören. Er kann jedoch mit beratender Stimme zu den Verhandlungen zugezogen werden.</p> <p>Mitglieder des Vorstandes können nicht Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission sein.</p>
<p><b>Art. 16 Ausstandspflicht</b></p> <p>Ein Mitglied einer Gemeindebehörde hat bei Verhandlungen und Abstimmungen über eine Angelegenheit in Ausstand zu treten, wenn es selbst, sein Ehegatte oder einer seiner Verwandten und Verschwägerten bis zu dem in Art. 14 Abs. 1 bezeichneten Grade daran ein unmittelbares persönliches Interesse hat.</p> <p>Ein Mitglied der Geschäftsprüfungskommission hat bei der Prüfung der Rechnungs- und Geschäftsführung einer Behörde, Kommission oder Amtsstelle in Ausstand zu treten, wenn es selbst oder eine Person, die mit ihm im Sinne von Art. 14 Abs. 1 verwandt oder verschwägert ist, dieser Behörde, Kommission oder Amtsstelle angehört.</p>	<p><b>Art. 16 Ausstandspflicht</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 17 Petitionsrecht</b></p> <p>Das Petitionsrecht ist gewährleistet. Jeder Gemeindegewohner kann Anträge, Begehren und Beschwerden den Gemeindebehörden schriftlich einreichen. Diese ist verpflichtet, dazu innert drei Monaten Stellung zu nehmen.</p>	<p><b>Art. 17 Petitionsrecht</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 18 Initiativrecht</b></p> <p>100 in Gemeindeangelegenheiten Stimmberechtigte können unterschriftlich die Abstimmung über einen von ihnen eingebrachten Vorschlag verlangen. Davon ausgeschlossen sind Beschlüsse, die Gemeindebehörden im Rahmen ihrer Zuständigkeit gefasst haben, oder geregelte Rechtsbeziehungen zwischen der Gemeinde und Dritten.</p> <p>Die Initiative kann entweder in Form einer allgemeinen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfes eingebracht werden. Sie ist mit den</p>	<p><b>Art. 18 Initiativrecht</b></p> <p>(Unverändert)</p>

<p>Unterschriften beim Gemeindevorstand einzureichen.</p>	
<p><b>Art. 19 Verfahren bei Initiativen</b></p> <p>Der Gemeindevorstand ist verpflichtet, solche Initiativbegehren so rasch als möglich, spätestens innert 12 Monaten, zusammen mit einer vom Gemeindevorstand verfassten Botschaft der Gemeindeversammlung oder allenfalls der Urnenabstimmung zum Entscheid zu unterbreiten.</p> <p>Er kann der Gemeindeversammlung auch einen Gegenvorschlag unterbreiten.</p> <p>Liegt ein solcher Gegenvorschlag vor, so wird zunächst zwischen diesem und dem Initiativbegehren entschieden. Hierauf hat die Gemeindeversammlung durch definitive Abstimmung über Annahme oder Verwerfung jenes Vorschlages zu entscheiden, der aus der ersten Abstimmung hervorgegangen ist. An der Urne ist den Stimmberechtigten eine entsprechende Stichfrage vorzulegen.</p>	<p><b>Art. 19 Verfahren bei Initiativen</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 20 Rückzug der Initiative</b></p> <p>Ein Initiativbegehren kann von den fünf Erstunterzeichnern bis zur Abstimmung jederzeit zurückgezogen werden, sofern es keine anders lautende Rückzugsklausel enthält.</p>	<p><b>Art. 20 Rückzug der Initiative</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 21 Rechtswidrige Initiative</b></p> <p>Ist der Inhalt eines Initiativbegehrens rechtswidrig, wird es vom Gemeindevorstand nicht dem zuständigen Organ vorgelegt. Der Gemeindevorstand gibt den Initianten in einem solchen Fall von seinem Beschluss und unter Angabe der Gründe schriftlich Kenntnis.</p>	<p><b>Art. 21 Rechtswidrige Initiative</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 22 Motion</b></p> <p>Der Stimmberechtigte hat das Recht, an der Gemeindeversammlung Anträge zu stellen, die einen nicht auf der Traktandenliste aufgeführten Gegenstand betreffen.</p> <p>Wird ein solcher Antrag von der Gemeindeversammlung als erheblich erklärt, hat der</p>	<p><b>Art. 22 Motion</b></p> <p>Der Stimmberechtigte hat das Recht, an der Gemeindeversammlung Anträge zu stellen, die einen nicht auf der Traktandenliste aufgeführten Gegenstand betreffen <b>und die in der Kompetenz der Stimmberechtigten liegen.</b></p>

<p>Gemeindevorstand den Antrag zusammen mit einem Bericht innerhalb von sechs Monaten der Gemeindeversammlung zu unterbreiten.</p> <p>Im Übrigen gelten, mit Ausnahme von Art. 20, die Bestimmungen über die Initiative (Art. 18 ff.) sinngemäss.</p>	<p>Wird ein solcher Antrag von <b>derselben</b> Gemeindeversammlung als erheblich erklärt, hat der Gemeindevorstand <b>einen ausgearbeiteten Entwurf</b> zusammen mit einem Bericht innerhalb von sechs Monaten der Gemeindeversammlung <b>zum Entscheid</b> zu unterbreiten.</p> <p>Im Übrigen gelten, mit Ausnahme von Art. 20, die Bestimmungen über die Initiative (Art. 18 ff.) sinngemäss.</p>
	<p><b>Art. 22a Fakultatives Referendum</b></p> <p>Beschlüsse der Gemeindeversammlung nach Art. 30a sind der Urnenabstimmung zu unterbreiten, wenn 80 Stimmberechtigte dagegen das Referendum ergreifen.</p> <p>Die dem Referendum unterliegenden Beschlüsse sind im amtlichen Publikationsorgan der Gemeinde zu veröffentlichen. Die Referendumsfrist beträgt 30 Tage seit der Veröffentlichung.</p> <p>Die Abstimmung soll in der Regel innert drei Monaten, nachdem der Gemeindevorstand das Zustandekommen des Referendums festgestellt hat, durchgeführt werden.</p>
<p><b>Art. 23 Auskunftsrecht</b></p> <p>An der Gemeindeversammlung kann jeder Stimmberechtigte Auskunft über den Stand oder die Erledigung einer Gemeindeangelegenheit verlangen. Die Auskunft ist spätestens an der nächsten Gemeindeversammlung zu erteilen. Die Erteilung der Auskunft kann verschoben werden oder unterbleiben, wenn ihr erhebliche Interessen der Gemeinde oder Dritter entgegenstehen.</p>	<p><b>Art. 23 Auskunftsrecht</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 24 Protokollführung</b></p> <p>Für die Gemeindeversammlung, den Gemeindevorstand und jede weitere Gemeindebehörde einschliesslich aller Kommissionen sind gesonderte Protokolle zu führen, die mindestens über die Beschlüsse und Ergebnisse der Wahlen Auskunft geben. Sie sind vom Protokollführer und nach erfolgter Genehmigung vom Vorsitzenden zu unterzeichnen.</p>	<p><b>Art. 24 Protokollführung</b></p> <p>Für die Gemeindeversammlung, den Gemeindevorstand und jede weitere Gemeindebehörde einschliesslich aller Kommissionen sind gesonderte Protokolle zu führen, die mindestens über die Beschlüsse, <b>die Ergebnisse der Wahlen sowie allfällige Beanstandungen betreffend die Verletzung von Zuständigkeits- und Verfahrensbestimmungen</b> Auskunft geben. Sie sind vom Protokollführer und nach <b>ausdrücklicher oder</b></p>

<p>Die Protokolle sind grundsätzlich spätestens anlässlich der nächstfolgenden Versammlung bzw. Sitzung zu genehmigen.</p>	<p><b>stillschweigender</b> Genehmigung vom Vorsitzenden zu unterzeichnen.</p> <p>Das Protokoll der Gemeindeversammlung wird spätestens einen Monat nach der Versammlung während 30 Tagen zur Einsichtnahme am Schalter der Gemeindeverwaltung aufgelegt und auf der Website der Gemeinde aufgeschaltet. Einsprachen sind innert der Auflagefrist schriftlich an den Gemeindevorstand einzureichen. Diese werden an der nächsten Gemeindeversammlung behandelt und das Protokoll anschliessend genehmigt. Gehen keine Einsprachen ein, gilt das Protokoll als genehmigt und wird vom Präsidenten und Protokollführer unterzeichnet.</p>
<p><b>Art. 25 Einsichtnahme in die Protokolle</b></p> <p>Die Protokolle der Gemeindeversammlung stehen jedem Stimmberechtigten zur Einsicht offen.</p> <p>Die Einsicht in die Protokolle des Gemeindevorstandes und der übrigen Gemeindebehörden wird nur gestattet, wenn schutzwürdige Interessen geltend gemacht werden können.</p> <p>Der Anspruch auf Einsicht kann durch Aushändigung eines Protokollauszuges erfüllt werden.</p>	<p><b>Art. 25 Einsichtnahme in die Protokolle</b></p> <p>Die Protokolle der <b>öffentlichen</b> Gemeindeversammlung stehen <b>jedermann</b> zur Einsicht offen.</p> <p>Die Einsicht in die Protokolle <b>nicht öffentlicher Gemeindeversammlungen</b>, des Gemeindevorstandes und der übrigen Gemeindebehörden wird nur gestattet, wenn schutzwürdige Interessen geltend gemacht werden können.</p> <p>Der Anspruch auf Einsicht kann durch Aushändigung eines Protokollauszuges erfüllt werden.</p>
<p><b>Art. 26 Orientierungsversammlung</b></p> <p>Der Gemeindevorstand kann Orientierungsversammlungen durchführen, an denen Vorlagen und Geschäfte von besonderer Bedeutung erläutert werden. An den Orientierungsversammlungen können konsultative Abstimmungen durchgeführt werden. Diese haben traktandiert zu sein.</p> <p>Die Einberufung der Orientierungsversammlung hat mindestens 10 Tage vorher unter Bekanntgabe der Traktanden zu erfolgen.</p>	<p><b>Art. 26 Orientierungsversammlung</b></p> <p><b>Auf schriftliches Begehren von mindestens 50 stimmberechtigten Einwohnern ist der Gemeindevorstand verpflichtet, Orientierungsversammlungen über Vorlagen und Geschäfte von besonderer Bedeutung durchzuführen. Der Gemeindevorstand kann solche auch von sich aus anordnen.</b></p> <p><b>Allfällige Konsultativabstimmungen sind zu traktandieren.</b></p> <p><b>Der Gemeindevorstand führt die Orientierungsversammlung bei ortsspezifischer Betroffenheit einer früheren Gemeinde nach Möglichkeit in dieser durch.</b></p> <p>Die Einberufung der Orientierungsversammlung hat mindestens 10 Tage vorher unter Bekanntgabe der Traktanden zu erfolgen.</p>

<p>II. Gemeindeorganisation</p> <p>1. Ordentliche Gemeindeorgane</p> <p>Art. 27 Organe der Gemeinde</p> <p>Die ordentlichen Organe der Gemeinde sind:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a) die Urnengemeinde</li> <li>b) die Gemeindeversammlung</li> <li>c) der Gemeindevorstand</li> <li>d) die Geschäftsprüfungskommission</li> <li>e) der Schulrat</li> </ol>	<p>II. Gemeindeorganisation</p> <p>1. Ordentliche Gemeindeorgane</p> <p>Art. 27 Organe der Gemeinde</p> <p>(Unverändert)</p>
<p>A. Die Urnengemeinde</p> <p>Art. 28 Befugnisse</p> <p>Die Urnengemeinde wählt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a) den Gemeindepräsidenten</li> <li>b) die Mitglieder des Gemeindevorstandes</li> <li>c) die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission</li> <li>d) die Mitglieder des Schulrates</li> </ol> <p>Die Urnengemeinde entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den Erlass und die Änderung der Gemeindeverfassung;</li> <li>2. die Bewilligung von Ausgaben und Aufwendungen, welche die finanziellen Kompetenzen anderer Organe übersteigen;</li> <li>3. die Gewährung von Darlehen, wenn sie die finanziellen Kompetenzen anderer Organe übersteigen und nicht im Rahmen der bestimmungsgemässen Verwendung von Fondsgeldern durch die zuständige Behörde liegt;</li> <li>4. den Erwerb, den Verkauf, den Tausch und die Verpfändung von Grundeigentum sowie die Einräumung und die Auflösung von Dienstbarkeiten und Grundlasten, soweit diese Geschäfte die finanziellen Kompetenzen der Gemeindeversammlung übersteigen;</li> <li>5. die Erteilung und wesentliche Änderung von Wassernutzungskonzessionen, die Ausübung des Heimfallrechts im Sinne der Wasserrechtsgesetzgebung und die Einräumung anderer Sondernutzungsrechte;</li> </ol>	<p>A. Die Urnengemeinde</p> <p>Art. 28 Befugnisse</p> <p>Die Urnengemeinde wählt:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>a) den Gemeindepräsidenten</li> <li>b) die <b>weiteren</b> Mitglieder des Gemeindevorstandes</li> <li>c) die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission</li> <li>d) die Mitglieder des Schulrates</li> </ol> <p>Die Urnengemeinde entscheidet über:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. den Erlass und die Änderung der Gemeindeverfassung;</li> <li>2. die Bewilligung von Ausgaben [...], welche die finanziellen Kompetenzen <b>der Gemeindeversammlung</b> übersteigen;</li> <li>3. den Erwerb, den Verkauf, den Tausch und die Verpfändung von Grundeigentum sowie die Einräumung und die Auflösung von <b>anderen beschränkten dinglichen Rechten</b>, soweit diese Geschäfte die finanziellen Kompetenzen der Gemeindeversammlung übersteigen;</li> <li>4. die Erteilung und wesentliche Änderung von Wassernutzungskonzessionen, die Ausübung des Heimfallrechts im Sinne der Wasserrechtsgesetzgebung und die Einräumung anderer Sondernutzungsrechte;</li> <li>5. die Beschlussfassung über die Fusion mit anderen politischen Gemeinden;</li> <li>6. <b>Beschlüsse der Gemeindeversammlung, gegen die das fakultative Referendum ergriffen wurde.</b></li> </ol>

<p>6. die Beschlussfassung über die Fusion mit anderen politischen Gemeinden.</p>	
<p><b>Art. 29 Verfahren</b></p> <p>Das Verfahren für Wahlen und Abstimmungen an der Urnengemeinde richtet sich nach dem Abstimmungs- und Wahlgesetz der Gemeinde sowie subsidiär nach dem jeweiligen kantonalen Recht.</p>	<p><b>Art. 29 Verfahren</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>B. Die Gemeindeversammlung</b></p> <p><b>Art. 30 Befugnisse</b></p> <p>Der Gemeindeversammlung stehen folgende Befugnisse zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Erlass und die Änderung der Gemeindegesetze;</li> <li>2. die Genehmigung des Budgets und der Gemeinderechnung sowie die Festsetzung des Steuerfusses;</li> <li>3. die Beschlussfassung über Ausgaben bis zu einem Betrag von maximal Fr. 2'000'000.00 für den gleichen Gegenstand und bis maximal Fr. 200'000.00, wenn es sich um jährlich wiederkehrende Ausgaben handelt;</li> <li>4. die Beschlussfassung über die Gewährung von Darlehen jeglicher Art bis zu einem Betrag von maximal Fr. 2'000'000.00;</li> <li>5. die Aufnahme neuer Anleihen und das Eingehen von Bürgschaften jeglicher Art;</li> <li>6. der Erwerb, die Veräusserung und Verpfändung von Grundeigentum sowie die Einräumung und Auflösung von Dienstbarkeiten und Grundlasten, sofern weder die Finanzkompetenzen gemäss Ziff. 3 hiervor überschritten werden noch der Vorstand gemäss Art. 40 Ziff. 9 zuständig ist;</li> <li>7. die Beschlussfassung über die Bildung eines Gemeindeverbandes oder über den Beitritt zu einem solchen;</li> <li>8. die Vorberatung und Verabschiedung aller Sachgeschäfte, über welche die Urnengemeinde entscheidet.</li> </ol>	<p><b>B. Die Gemeindeversammlung</b></p> <p><b>Art. 30 Befugnisse</b></p> <p>Der Gemeindeversammlung stehen folgende Befugnisse zu:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. der Erlass und die Änderung der Gemeindegesetze;</li> <li>2. die Genehmigung des Budgets und der Gemeinderechnung sowie die Festsetzung des Steuerfusses;</li> <li>3. die Beschlussfassung über <b>einmalige</b> Ausgaben bis zu einem Betrag von Fr. <b>4'000'000.00</b> und bis Fr. <b>400'000.00</b>, wenn es sich um jährlich wiederkehrende Ausgaben handelt;</li> <li>4. die Beschlussfassung über die Gewährung von Darlehen jeglicher Art [...];</li> <li>5. die Aufnahme neuer Anleihen und das Eingehen von Bürgschaften jeglicher Art;</li> <li>6. der Erwerb, die Veräusserung und Verpfändung von Grundeigentum sowie die Einräumung und <b>Auflösung von anderen beschränkten dinglichen Rechten</b>, sofern <b>diese Geschäfte weder den Betrag von Fr. 4'000'000.00 übersteigen</b> noch der Vorstand gemäss Art. 40 Ziff. 9 zuständig ist;</li> <li>7. die Beschlussfassung über die Bildung eines Gemeindeverbandes oder über den Beitritt zu einem solchen;</li> <li>8. die Vorberatung und Verabschiedung aller Sachgeschäfte, über welche die Urnengemeinde entscheidet.</li> </ol>
	<p><b>Art. 30a Referendumpflichtige Befugnisse</b></p> <p>Dem fakultativen Referendum gemäss Art. 22a unterliegen Beschlüsse der Gemeindeversamm-</p>

	lung über einmalige Ausgaben zwischen Fr. 1'000'000.00 und Fr. 4'000'000.00 und über jährlich wiederkehrende Ausgaben zwischen Fr. 100'000.00 und Fr. 400'000.00.
<p><b>Art. 31 Einberufung, Traktanden</b></p> <p>Die Gemeindeversammlung wird vom Gemeindevorstand mindestens 10 Tage im Voraus einberufen.</p> <p>Es darf nur über Verhandlungsgegenstände Beschluss gefasst werden, welche auf der Traktandenliste verzeichnet sowie vom Vorstand vorbereitet worden sind und für welche Antrag gestellt worden ist.</p>	<p><b>Art. 31 Einberufung, Beschlussfähigkeit und Verfahren</b></p> <p>Die Gemeindeversammlung wird vom Gemeindevorstand mindestens 10 Tage im Voraus einberufen.</p> <p>Jede ordnungsgemäss einberufene Gemeindeversammlung ist beschlussfähig.</p> <p>Es darf nur über Verhandlungsgegenstände Beschluss gefasst werden, welche auf der Traktandenliste verzeichnet sowie vom Vorstand vorbereitet worden sind und für welche Antrag gestellt worden ist.</p> <p>Bei Geschäften von grösser Tragweite für die Gemeinde erarbeitet der Gemeindevorstand eine Botschaft zuhanden der Stimmberechtigten und stellt sie diesen rechtzeitig zu oder publiziert sie auf der Internetseite der Gemeinde.</p>
<p><b>Art. 32 Beschlussfähigkeit</b></p> <p>Jede ordnungsgemäss einberufene Gemeindeversammlung ist beschlussfähig.</p>	<p><b>Art. 32 Öffentlichkeit, Ausstand</b></p> <p>Die Gemeindeversammlungen sind öffentlich.</p> <p>Der Ausschluss von nicht stimmberechtigten Personen wird angeordnet, soweit überwiegende öffentliche oder private Interessen an einzelnen Geschäften dies erfordern.</p> <p>Die für Behörden massgebenden Ausstandsgründe gelten nicht für die Teilnehmer der Gemeindeversammlung.</p>
<p><b>Art. 33 Versammlungsleitung</b></p> <p>Die Gemeindeversammlung wird vom Gemeindepräsidenten geleitet. Im Verhinderungsfall tritt der Vizepräsident oder ein anderes Mitglied des Gemeindevorstandes an seine Stelle.</p>	<p><b>Art. 33 Versammlungsleitung</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 34 Abstimmungsmodus</b></p> <p>Abstimmungen werden durch Handmehr vorgenommen, sofern nicht der Gemeindevorstand</p>	<p><b>Art. 34 Abstimmungsmodus</b></p> <p>(Unverändert)</p>

<p>oder ein Viertel der anwesenden Stimmberechtigten schriftliche Abstimmung verlangen.</p> <p>Bei der Abstimmung durch Handmehr entscheidet das Mehr der Stimmenden. Enthaltungen werden nicht mitgezählt.</p> <p>Bei der schriftlichen Abstimmung ist das Mehr der abgegebenen gültigen Stimmen massgebend. Leere Stimmzettel werden nicht mitgezählt.</p> <p>Bei Stimmengleichheit ist die Vorlage abgelehnt.</p>	
<p><b>Art. 35 Wiedererwägung</b></p> <p>Beschlüsse der Gemeindeversammlung und der Urnengemeinde können diesen jederzeit zur Wiedererwägung unterbreitet werden. Vorbehalten bleiben Rechte Dritter.</p> <p>Vor Ablauf eines Jahres seit dem Inkrafttreten eines Beschlusses ist auf eine Wiedererwägung nur einzutreten, wenn dies mit Zweidrittelmehrheit der Stimmenden beschlossen wird.</p>	<p><b>Art. 35 Wiedererwägung</b></p> <p>Beschlüsse der Gemeindeversammlung und der Urnengemeinde können diesen jederzeit zur Wiedererwägung unterbreitet werden. Vorbehalten bleiben Rechte Dritter.</p> <p>Vor Ablauf eines Jahres seit dem Inkrafttreten eines Beschlusses ist auf eine Wiedererwägung nur einzutreten, wenn <b>diese anlässlich der Beschlussfassung über das Geschäft</b> mit Zweidrittelmehrheit der Stimmenden beschlossen wird.</p>
<p><b>C. Der Gemeindevorstand</b></p> <p><b>Art. 36 Funktion und Zusammensetzung</b></p> <p>Der Gemeindevorstand ist die oberste vollziehende Behörde der Gemeinde. Er besteht aus dem Gemeindepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern.</p> <p>Der Gemeindevorstand konstituiert sich selbst. Er bezeichnet den Vizepräsidenten aus seiner Mitte.</p>	<p><b>C. Der Gemeindevorstand</b></p> <p><b>Art. 36 Funktion und Zusammensetzung</b></p> <p>Der Gemeindevorstand ist die oberste vollziehende <b>und leitende</b> Behörde der Gemeinde. <b>Er plant und koordiniert ihre Tätigkeiten.</b> Er besteht aus dem Gemeindepräsidenten und vier weiteren Mitgliedern.</p> <p>Der Gemeindevorstand konstituiert sich selbst. Er bezeichnet den Vizepräsidenten aus seiner Mitte.</p>
<p><b>Art. 37 Sitzungen</b></p> <p>Der Gemeindevorstand wird durch den Gemeindepräsidenten oder gegebenenfalls durch dessen Stellvertreter einberufen, so oft es die Geschäfte erfordern.</p> <p>Auf Verlangen von zwei Gemeindevorstandsmitgliedern ist der Präsident verpflichtet, eine ausserordentliche Sitzung einzuberufen.</p>	<p><b>Art. 37 Sitzungen</b></p> <p>(Unverändert)</p>

<p>Der Vorstand kann weitere Personen mit beratender Stimme zur Sitzung einladen.</p>	
<p><b>Art. 38 Beschlussfähigkeit</b></p> <p>Der Gemeindevorstand ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind.</p>	<p><b>Art. 38 Beschlussfähigkeit</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 39 Abstimmungen und Wahlen</b></p> <p>Für alle Entscheide gilt das Mehr der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet bei Abstimmungen der Präsident, bei Wahlen das Los.</p> <p>Jedes Mitglied ist zur Abgabe seiner Stimme verpflichtet. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über den Ausstand.</p>	<p><b>Art. 39 Abstimmungen und Wahlen</b></p> <p>Für alle Entscheide gilt das Mehr der anwesenden Mitglieder. Bei Stimmengleichheit entscheidet bei Abstimmungen der <b>Vorsitzende</b>, bei Wahlen das Los.</p> <p>Jedes Mitglied ist zur Abgabe seiner Stimme verpflichtet. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über den Ausstand.</p>
<p><b>Art. 40 Aufgaben und Kompetenzen</b></p> <p>Dem Gemeindevorstand stehen alle Befugnisse zu, welche nicht durch eidgenössisches oder kantonales Recht, durch Gemeindeverfassung oder Gemeindegesetz einem anderen Organ übertragen sind.</p> <p>Ihm obliegen insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Vornahme folgender Wahlen: <ol style="list-style-type: none"> <li>a) den Gemeinde-Vizepräsidenten, der aus den vier Mitgliedern des Gemeindevorstandes zu bezeichnen ist;</li> <li>b) die Mitglieder der Baukommission;</li> <li>c) die ständigen oder ad-hoc-Kommissionen nach Bedarf;</li> <li>d) die Delegierten in öffentlich- oder privatrechtliche Körperschaften und Zweckverbände, an denen die Gemeinde beteiligt oder mitspracheberechtigt ist;</li> <li>e) die Funktionäre, die die Gemeinde aufgrund des übergeordneten Rechts zu ernennen hat;</li> <li>f) das Gemeindepersonal exklusive Schulpersonal (Art. 48 Abs. 2 Ziff. 2 und 3);</li> </ol> </li> <li>2. der Vollzug des eidgenössischen und kantonalen Rechts sowie der Gemeindegesetze und Verordnungen wie auch der Beschlüsse der Urnengemeinde und der Gemeindeversammlung;</li> </ol>	<p><b>Art. 40 Aufgaben und Kompetenzen</b></p> <p>Dem Gemeindevorstand stehen alle Befugnisse zu, welche nicht durch eidgenössisches oder kantonales Recht, durch Gemeindeverfassung oder Gemeindegesetz einem anderen Organ übertragen sind.</p> <p>Ihm obliegen insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Vornahme folgender Wahlen: <ol style="list-style-type: none"> <li>a) <b>des</b> Gemeinde-Vizepräsidenten, der aus den vier Mitgliedern des Gemeindevorstandes zu bezeichnen ist;</li> <li>b) <b>der</b> Mitglieder der Baukommission;</li> <li>c) <b>der</b> ständigen oder ad-hoc-Kommissionen nach Bedarf;</li> <li>d) <b>der</b> Delegierten in öffentlich- oder privatrechtliche Körperschaften und Zweckverbände, an denen die Gemeinde beteiligt oder mitspracheberechtigt ist;</li> <li>e) <b>der</b> Funktionäre, die die Gemeinde aufgrund des übergeordneten Rechts zu ernennen hat;</li> <li>f) <b>des</b> Gemeindepersonals <b>mit Ausnahme des</b> Schulpersonals (Art. 48 Abs. 2 Ziff. 2 und 3);</li> </ol> </li> <li>2. der Vollzug des eidgenössischen und kantonalen Rechts sowie der Gemeindegesetze und Verordnungen wie auch der Beschlüsse der Urnengemeinde und der Gemeindeversammlung;</li> </ol>

<ol style="list-style-type: none"> <li>3. der Erlass von Ausführungsverordnungen zu Gemeindegesetzen, wie insbesondere Verwaltungs-, Geschäfts- und Personalverordnungen sowie Entschädigungs- und Besoldungsverordnungen für Personal und Kommissionsmitglieder;</li> <li>4. die Vorbereitung aller Vorlagen zuhanden der Urnenabstimmung und der Gemeindeversammlung;</li> <li>5. die Leitung und Überwachung der gesamten Gemeindeverwaltung;</li> <li>6. die Verwaltung des Gemeindevermögens;</li> <li>7. die Erstellung der Jahresrechnung und des Budgets;</li> <li>8. die Beschlussfassung über Ausgaben bis zu einem Betrage von Fr. 200'000.00 für den gleichen Gegenstand und bis Fr. 40'000.00, wenn es sich um jährlich wiederkehrende Ausgaben handelt. Für die in dieser Ziffer genannten Ausgaben gilt eine jährliche Maximallimite von Fr. 1'000'000.00;</li> <li>9. die Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräusserung, den Tausch und die Verpfändung von Grundeigentum oder baugesetzlichen Ausnützungen sowie über die Einräumung und Auflösung von anderen beschränkten dinglichen Rechten innerhalb der Finanzkompetenzen gem. Ziff. 8 hiavor. Zudem darf bei Bauland eine Landfläche von 500 m<sup>2</sup> und ausserhalb der Bauzone eine Landfläche von 5'000 m<sup>2</sup> nicht überschritten werden. Davon ausgenommen sind Grundstückserwerbe im Zusammenhang mit der Realisierung von Strassenprojekten;</li> <li>10. der Erwerb von Grundstücken zur Sicherung von Landreserven für kommunale Aufgaben bis zum Höchstbetrag von Fr. 500'000.00;</li> <li>11. die Beschlussfassung über Massnahmen im Rahmen der Boden- und Baulandpolitik;</li> <li>12. der Abschluss von Verträgen über Angelegenheiten, deren Erledigung in die Zuständigkeit des Gemeindevorstandes fällt;</li> <li>13. der Entscheid über die Führung von Prozessen und Rekursen sowie der Abschluss von Vergleichen oder Schiedsverträgen;</li> <li>14. die Ausübung der der Gemeinde zustehenden Polizeigewalt und die Strafkompetenz im Verwaltungsstrafverfahren;</li> <li>15. der Erlass einer Verordnung für die Geschäftsleitung.</li> </ol>	<ol style="list-style-type: none"> <li>3. der Erlass von Ausführungsverordnungen zu Gemeindegesetzen, wie insbesondere [...] eine Geschäftsordnung und eine Personalverordnung sowie eine Entschädigungs- und Besoldungsverordnung für Personal und Kommissionsmitglieder;</li> <li>4. die Vorbereitung aller Vorlagen zuhanden der Urnenabstimmung und der Gemeindeversammlung;</li> <li>5. die Leitung und Überwachung der gesamten Gemeindeverwaltung;</li> <li>6. die Verwaltung des Gemeindevermögens;</li> <li>7. die Erstellung der Jahresrechnung und des Budgets;</li> <li>8. die Beschlussfassung über Ausgaben bis zu einem Betrage von Fr. 400'000.00 für den gleichen Gegenstand und bis Fr. 80'000.00, wenn es sich um jährlich wiederkehrende Ausgaben handelt. Für die in dieser Ziffer genannten Ausgaben gilt eine jährliche Maximallimite von Fr. 1'000'000.00;</li> <li>9. die Beschlussfassung über den Erwerb, die Veräusserung, den Tausch und die Verpfändung von Grundeigentum oder baugesetzlichen Ausnützungen sowie über die Einräumung und Auflösung von anderen beschränkten dinglichen Rechten innerhalb der Finanzkompetenzen gem. Ziff. 8 hiavor. [...];</li> <li>10. der Erwerb von Grundstücken zur Sicherung von Landreserven für kommunale Aufgaben sowie anderer Massnahmen im Rahmen der Boden- und Baulandpolitik bis zum Höchstbetrag von Fr. 500'000.00;</li> <li>11. [...];</li> <li>12. der Abschluss von Verträgen über Angelegenheiten, deren Erledigung in die Zuständigkeit des Gemeindevorstandes fällt;</li> <li>13. der Entscheid über die Führung von Prozessen und Rekursen sowie der Abschluss von Vergleichen oder Schiedsverträgen;</li> <li>13a. der Entscheid über Einsprachen gegen Entscheide der Geschäftsleitung;</li> <li>14. die Ausübung der der Gemeinde zustehenden Polizeigewalt und die Strafkompetenz im Verwaltungsstrafverfahren;</li> <li>15. [...]</li> </ol> <p>Im Übrigen obliegt dem Gemeindevorstand die Anpassung des Gemeinderechts an das übergeordnete Recht, sofern dabei kein Regelungsspielraum besteht.</p>
---	---

<p><b>Art. 41 Vertretung der Gemeinde nach aussen</b></p> <p>Der Gemeindevorstand vertritt die Gemeinde gegenüber Dritten und vor Gericht.</p> <p>Der Gemeindepräsident oder der Vizepräsident führt zusammen mit einem weiteren Vorstandsmitglied oder mit dem Gemeindegemeinschreiber bzw. dessen Stellvertreter die rechtsverbindliche Unterschrift für die Gemeinde.</p>	<p><b>Art. 41 Vertretung der Gemeinde nach aussen</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 42 Departemente</b></p> <p>Die Verwaltung der Gemeinde wird in Departemente aufgeteilt. Jedes Mitglied des Gemeindevorstandes führt ein Departement. Die Aufteilung und die Aufgabenzuweisung nimmt der Gemeindevorstand vor. Sie ist der Stimmbürgerschaft durch Veröffentlichung im Publikationsorgan zur Kenntnis zu bringen.</p>	<p><b>Art. 42 Departemente</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 43 Geschäftsführung</b></p> <p>Die Gemeindevorstandsmitglieder haben die in ihrem Departement fallenden Geschäfte zu überwachen, die erforderlichen Amtshandlungen vorzunehmen und dem Gemeindevorstand Bericht zu erstatten.</p> <p>Die Beschlussfassung steht ausschliesslich dem Gemeindevorstand zu. Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung kann der Gemeindevorstand dem Departementvorsteher zur selbständigen Erledigung überlassen.</p>	<p><b>Art. 43 Geschäftsführung</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 44 Gemeindepräsident</b></p> <p>Der Gemeindepräsident leitet die Gemeindeversammlungen und präsidiert die Gemeindevorstandssitzungen.</p> <p>Der Gemeindepräsident bereitet die Traktandenliste des Gemeindevorstandes vor. Er sorgt unter Beizug der übrigen Mitglieder des Gemeindevorstandes und unter Vorbehalt der Aufgaben der Geschäftsleitung für den Vollzug der gefassten Beschlüsse.</p> <p>In dringenden Fällen kann er vorsorglich die nötigen provisorischen Anordnungen treffen.</p>	<p><b>Art. 44 Gemeindepräsident</b></p> <p>(Unverändert)</p>

<p>D. Die Geschäftsprüfungskommission</p> <p>Art. 45 Zusammensetzung</p> <p>Die Geschäftsprüfungskommission besteht aus drei Mitgliedern. Sie konstituiert sich selbst.</p>	<p>D. Die Geschäftsprüfungskommission</p> <p>Art. 45 Zusammensetzung</p> <p>(Unverändert)</p>
<p>Art. 46 Aufgaben</p> <p>Die Geschäftsprüfungskommission prüft spätestens nach jedem Jahresabschluss die Rechnungs- und Geschäftsführung sämtlicher Gemeindeämter und allfälliger Sonderkassen. Sie hat der Gemeindeversammlung bis spätestens am 30. Juni schriftlichen Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen.</p> <p>Mit der Rechnungs- und Geschäftsprüfung können überdies das kantonale Amt für Gemeinden oder private Sachverständige betraut werden. Die Wahl der externen Sachverständigen erfolgt durch den Gemeindevorstand.</p> <p>Über Feststellungen untergeordneter Natur kann die Geschäftsprüfungskommission dem Gemeindevorstand einen besonderen Bericht erstatten.</p>	<p>Art. 46 Aufgaben</p> <p>Die Geschäftsprüfungskommission prüft spätestens nach jedem Jahresabschluss die Rechnungs- und Geschäftsführung sämtlicher Gemeindeämter und allfälliger Sonderkassen. Sie hat der Gemeindeversammlung bis spätestens am 30. Juni <b>des Folgejahres</b> schriftlichen Bericht zu erstatten und Antrag zu stellen.</p> <p>Mit der Rechnungs- und Geschäftsprüfung können überdies das kantonale Amt für Gemeinden oder private Sachverständige betraut werden. Die Wahl der externen Sachverständigen erfolgt durch den Gemeindevorstand.</p> <p>Über Feststellungen untergeordneter Natur kann die Geschäftsprüfungskommission dem Gemeindevorstand einen besonderen Bericht erstatten.</p>
<p>E. Schulrat</p> <p>Art. 47 Zusammensetzung</p> <p>Der Schulrat setzt sich aus dem zuständigen Departementsvorsteher und vier weiteren von der Urnengemeinde zu wählenden Mitgliedern zusammen. Er ist beschlussfähig, wenn mindestens drei Mitglieder anwesend sind.</p> <p>Der Schulrat konstituiert sich selbst.</p>	<p>E. Schulrat</p> <p>Art. 47 Zusammensetzung</p> <p>(Unverändert)</p>
<p>Art. 48 Aufgaben und Kompetenzen</p> <p>Der Schulrat vollzieht die Schulgesetzgebung von Bund, Kanton und Gemeinde. Er leitet und beaufsichtigt den Schulbetrieb. Dem Schulrat steht neben den im kantonalen Schulgesetz genannten Kompetenzen im Weiteren zu:</p>	<p>Art. 48 Aufgaben und Kompetenzen</p> <p>(Unverändert)</p>

<ol style="list-style-type: none"> <li>1. die Vorbereitung der Schulordnung zuhanden des Gemeindevorstandes und der Gemeindeversammlung;</li> <li>2. die Wahl und die Entlassung der Lehrpersonen sowie weiterer für den Schulbetrieb erforderlicher Personen;</li> <li>3. die Wahl und die Entlassung der Schulleitung;</li> <li>4. in untergeordnetem Masse die Instandhaltung der Schulliegenschaften und deren Ausstattung;</li> <li>5. Beschlussfassung über Ausgaben für den schulischen Bereich bis zu einem Betrag von Fr. 20'000.00 pro Jahr.</li> </ol>	
<p>2. Weitere Organe der Gemeinde</p> <p>A. Die Baukommission</p> <p>Art. 49 Zusammensetzung</p> <p>Die Baukommission setzt sich aus dem zuständigen Departementsvorsteher und zwei weiteren Mitgliedern zusammen.</p> <p>Die Baukommission konstituiert sich selbst.</p> <p>Der Leiter des Bauamtes nimmt an den Sitzungen der Baukommission mit beratender Stimme teil.</p>	<p>2. Weitere Organe der Gemeinde</p> <p>A. Die Baukommission</p> <p>Art. 49 Zusammensetzung</p> <p>Die Baukommission setzt sich aus dem zuständigen Departementsvorsteher und zwei weiteren Mitgliedern zusammen.</p> <p>Die Baukommission konstituiert sich selbst.</p> <p>Der <b>zuständige Mitarbeiter des Bereichs Bau Energie Werke</b> nimmt an den Sitzungen der Baukommission mit beratender Stimme teil.</p>
<p>Art. 50 Aufgaben und Kompetenzen</p> <p>Die Baukommission vollzieht die Gemeindebaugesetzgebung.</p>	<p>Art. 50 Aufgaben und Kompetenzen</p> <p>Die Baukommission <b>entscheidet über Baugesuche mit Einstimmigkeit ihrer anwesenden Mitglieder.</b></p> <p><b>Kommt keine Einstimmigkeit zustande bzw. ist die Baukommission nicht beschlussfähig, wird das Baugesuch dem Gemeindevorstand zum Entscheid unterbreitet.</b></p> <p><b>Die Sitzungsprotokolle sind dem Gemeindevorstand zur Genehmigung weiterzuleiten.</b></p>
<p>3. Gemeindeverwaltung   Gemeindeangestellte   Geschäftsleitung</p> <p>Art. 51 Aufgaben</p>	<p>3. Gemeindeverwaltung   Gemeindeangestellte   Geschäftsleitung</p> <p>Art. 51 <b>Gemeindeverwaltung, Aufgaben</b></p> <p>(Unverändert)</p>

<p>Die Gemeindeverwaltung ist die ausführende Verwaltungsorganisation der Gemeinde, die unmittelbar dem Gemeindepräsidenten und mittelbar dem Gemeindevorstand administrativ unterstellt ist.</p> <p>Sie übt die ihr in Gemeindeerlassen und -beschlüssen übertragenen Funktionen aus. Sie besorgt das gesamte Rechnungswesen sowie die übrigen öffentlichen Verwaltungsaufgaben. Sie vollzieht die Beschlüsse und Verfügungen des Gemeindevorstandes, soweit nicht andere Organe oder Dritte damit betraut sind, und führt alle ihr vom Gemeindevorstand oder von der Geschäftsleitung übertragenen Arbeiten nach deren Weisungen aus.</p>	
<p><b>Art. 52      Gemeindegeschreiber</b></p> <p>Der Gemeindegeschreiber leitet die Gemeindeverwaltung und beaufsichtigt deren Mitarbeiter.</p> <p>Er nimmt die eingehenden Geschäfte entgegen und ordnet im Einvernehmen mit dem Gemeindepräsidenten ihre Behandlung und Erledigung an. Er führt das Protokoll in den Gemeindeversammlungen und in den Sitzungen des Gemeindevorstandes. An letzteren nimmt er mit beratender Stimme teil.</p>	<p><b>Art. 52      Gemeindegeschreiber</b></p> <p>Der Gemeindegeschreiber <b>oder sein Stellvertreter leiten</b> die Gemeindeverwaltung und <b>beaufsichtigen</b> deren Mitarbeiter.</p> <p><b>Der Gemeindegeschreiber</b> nimmt die eingehenden Geschäfte entgegen und ordnet im Einvernehmen mit dem Gemeindepräsidenten ihre Behandlung und Erledigung an. Er führt das Protokoll in den Gemeindeversammlungen und in den Sitzungen des Gemeindevorstandes. An letzteren nimmt er mit beratender Stimme teil.</p> <p><b>Die Aufgaben gemäss Absatz 2 können durch den Stellvertreter des Gemeindegeschreibers oder im Ausnahmefall durch einen anderen Mitarbeiter der Gemeindekanzlei wahrgenommen werden.</b></p>
<p><b>Art. 53      Anstellung des Personals</b></p> <p>Der Gemeindevorstand stellt das Gemeindepersonal an, soweit kein anderes Organ damit betraut ist.</p> <p>Soweit die Gemeinde keine abweichenden Bestimmungen erlässt, richten sich Dienstverhältnis und Besoldung nach der jeweiligen kantonalen Personalgesetzgebung. Vorbehalten bleiben die Bestimmungen der kantonalen Schulgesetzgebung.</p>	<p><b>Art. 53      Anstellung des Personals</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 54      Geschäftsleitung</b></p>	<p><b>Art. 54      Geschäftsleitung</b></p>

<p>Der Gemeindepräsident ist von Amtes wegen Vorsitzender der Geschäftsleitung. Die übrigen Mitglieder werden durch den Gemeindevorstand bestimmt.</p> <p>Die Aufgaben sowie die finanziellen, personellen und weiteren Befugnisse werden in einer Verordnung geregelt. Der Gemeindevorstand kann dabei den Vollzug der eigenen Beschlüsse und die operative Geschäftsführung der Geschäftsleitung übertragen. Deren Überwachung obliegt dem Gemeindevorstand.</p>	<p>Der Gemeindepräsident, <b>im Ausnahmefall der Gemeinde-Vizepräsident oder ein anderes Mitglied des Gemeindevorstandes</b> ist Vorsitzender der Geschäftsleitung. Die übrigen Mitglieder werden durch den Gemeindevorstand bestimmt.</p> <p>Die Aufgaben sowie die finanziellen, personellen und weiteren Befugnisse werden in einer Verordnung geregelt. Der Gemeindevorstand kann dabei den Vollzug der eigenen Beschlüsse und die operative Geschäftsführung der Geschäftsleitung übertragen. Deren Überwachung obliegt dem Gemeindevorstand.</p>
<p>III. Finanzen, Steuern und andere Abgaben</p> <p>Art. 55 Finanzhaushaltsgrundsätze</p> <p>Die öffentlichen Mittel sind sparsam und wirtschaftlich einzusetzen.</p> <p>Der Finanzhaushalt soll mittelfristig ausgeglichen sein.</p> <p>Jede Ausgabe setzt eine Rechtsgrundlage, einen Kreditbeschluss und eine Bewilligung für die Zahlung voraus.</p>	<p>III. Finanzen, Steuern und andere Abgaben</p> <p>Art. 55 Finanzhaushaltsgrundsätze</p> <p>(Unverändert)</p>
<p>Art. 56 Grundsätze für die Rechnungsführung</p> <p>Die Gemeinderechnung ist nach den allgemein anerkannten Grundsätzen für das Rechnungswesen der öffentlichen Haushalte zu führen und stützt sich auf das kantonale Gesetz über den Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz) und die kantonale Finanzhaushaltsverordnung für die Gemeinden.</p>	<p>Art. 56 Grundsätze für die Rechnungsführung, <b>Berichterstattung</b></p> <p>Die Gemeinderechnung ist nach den allgemein anerkannten Grundsätzen für das Rechnungswesen der öffentlichen Haushalte zu führen und stützt sich auf das kantonale Gesetz über den Finanzhaushalt (Finanzhaushaltsgesetz) und die kantonale Finanzhaushaltsverordnung für die Gemeinden.</p> <p><b>Bis spätestens Ende September des Folgejahres sind dem Departement für Finanzen und Gemeinden des Kantons Graubünden die von der Gemeindeversammlung genehmigte Jahresrechnung und der Bericht der Geschäftsprüfungskommission einzureichen.</b></p>
<p>Art. 57 Zusammensetzung des Vermögens</p> <p>Das Vermögen der Gemeinde besteht:</p>	<p>Art. 57 Zusammensetzung des Vermögens</p> <p>(Unverändert)</p>

<p>a) aus den Sachen im Gemeingebrauch;  b) aus dem Verwaltungsvermögen;  c) aus dem Nutzungsvermögen;  d) aus dem Finanzvermögen.</p>	
<p><b>Art. 58 Steuern und Abgaben</b></p> <p>Die Gemeinde deckt ihren Finanzbedarf insbesondere aus Steuern, Vermögenserträgen sowie Beiträgen und Gebühren.</p>	<p><b>Art. 58 Steuern und Abgaben</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 59 Nutzungstaxen und Kostenbeiträge; Nutzungszinsen</b></p> <p>Für die Gewährung der Nutzungen erhebt die Gemeinde Nutzungstaxen oder Pachtzinsen. Die Gemeinde kann ausserdem von den Berechtigten für die von ihnen tatsächlich bezogenen Nutzungen angemessene Kostenbeiträge erheben.</p> <p>Als Entgelt für Nutzungen aufgrund von Konzessionen oder Bewilligungen für gesteigerten Gemeingebrauch erhebt die Gemeinde Taxen, die in der Regel dem Wert der Nutzung entsprechen.</p>	<p><b>Art. 59 Nutzungstaxen und Kostenbeiträge; Nutzungszinsen</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 60 Vorzugslasten</b></p> <p>Erstellt die Gemeinde Werke oder Einrichtungen, die für bestimmte Personen einen besonderen Vorteil oder für bestimmte Vermögensobjekte eine Werterhöhung bewirken, so kann sie nach Massgabe der kantonalen Gesetzgebung und gegebenenfalls von besonderen Gemeinde-Reglementen einen diesem Vorteil entsprechenden Beitrag an die Kosten des Werkes erheben.</p>	<p><b>Art. 60 Vorzugslasten</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 61 Gebühren</b></p> <p>Die Gemeinde kann von den Benützern der von ihr erstellten und betriebenen Werke, Unternehmungen und Einrichtungen Gebühren erheben, deren Höhe sich nach den einschlägigen Gemeindeerlassen richtet.</p> <p>Als Entgelt für eine bestimmte Inanspruchnahme der Gemeindeverwaltung oder für die Vornahme einer bestimmten Amtshandlung (z.B.</p>	<p><b>Art. 61 Gebühren</b></p> <p>(Unverändert)</p>

<p>Erteilung von Bewilligungen) kann die Gemeinde Verwaltungsgebühren erheben.</p> <p>Die Höhe der Gebühren ist in der Regel so anzusetzen, dass sie dem Wert der erbrachten Leistung für den Empfänger entspricht und die Kosten und der Aufwand der Gemeinde gedeckt werden können.</p>	
<p><b>Art. 62 Steuern</b></p> <p>Die Gemeinde erhebt Steuern gemäss Gemeindesteuergesetz.</p> <p>Subsidiär gilt für die Gemeinde die kantonale Steuergesetzgebung.</p>	<p><b>Art. 62 Steuern</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 63 Gästetaxe und Tourismusförderungsabgabe</b></p> <p>Zur Förderung des Tourismus erhebt die Gemeinde eine Gästetaxe und eine Tourismusförderungsabgabe.</p> <p>Die Einnahmen dürfen nicht zur Finanzierung von ordentlichen Gemeindeaufgaben verwendet werden. Der Einzug kann an Dritte delegiert werden.</p>	<p><b>Art. 63 Gäste- und Tourismustaxe</b></p> <p>Zur Förderung des Tourismus erhebt die Gemeinde eine <b>Gäste- und Tourismustaxe</b>.</p> <p>Die Einnahmen dürfen nicht zur Finanzierung von ordentlichen Gemeindeaufgaben verwendet werden. Der Einzug kann an Dritte delegiert werden.</p>
<p><b>IV. Bürgergemeinde</b></p> <p><b>Art. 64 Rechte</b></p> <p>Die Rechte der Bürger der Bürgergemeinde innerhalb der politischen Gemeinde richten sich nach der kantonalen Gesetzgebung und allfälligen Statuten.</p>	<p><b>IV. Bürgergemeinde</b></p> <p><b>Art. 64 Rechte</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>V. Kirchwesen</b></p> <p><b>Art. 65 Kirchgemeinden</b></p> <p>Die Rechte der Kirchgemeinden bleiben im Sinne der Kantonsverfassung gewährleistet. Sie verwalten ihr Vermögen selbständig.</p>	<p><b>V. Kirchwesen</b></p> <p><b>Art. 65 Kirchgemeinden</b></p> <p>(Unverändert)</p>
<p><b>VI. Schlussbestimmungen</b></p> <p><b>Art. 66 Revision</b></p>	<p><b>VI. Schlussbestimmungen</b></p> <p><b>Art. 66 Revision</b></p>

<p>Die vorliegende Verfassung kann jederzeit ganz oder teilweise revidiert werden. Jede Revision tritt mit der Beschlussnahme in Kraft.</p>	<p>(Unverändert)</p>
<p><b>Art. 67 Inkrafttreten</b></p> <p>Die vorliegende Verfassung tritt nach ihrer Annahme durch die Urnengemeinde am 01. Januar 2016 in Kraft.</p> <p>Einzelne Bestimmungen, welche insbesondere die Abstimmungen und Wahlen betreffen, treten bereits mit der Annahme durch die Urnengemeinde in Kraft.</p> <p>Die vorliegende Verfassung ist der Regierung zur Genehmigung vorzulegen, welche sie auf ihre Rechtmässigkeit prüft. Dies gilt auch für jede nachträgliche Änderung oder Ergänzung der Verfassung.</p>	<p><b>Art. 67 Inkrafttreten</b></p> <p>Die vorliegende Verfassung tritt nach ihrer Annahme durch die Urnengemeinde am 01. Januar 2016 in Kraft.</p> <p>Einzelne Bestimmungen, welche insbesondere die Abstimmungen und Wahlen betreffen, treten bereits mit der Annahme durch die <b>Gemeindeversammlung</b> in Kraft.</p> <p>Die vorliegende Verfassung ist der Regierung zur Genehmigung vorzulegen, welche sie auf ihre Rechtmässigkeit prüft. Dies gilt auch für jede nachträgliche Änderung oder Ergänzung der Verfassung.</p>
<p><b>Art. 68 Aufhebung widersprechender Bestimmungen</b></p> <p>Diese Verfassung ersetzt diejenigen der bisherigen Gemeinden Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Sur und Tinizong-Rona.</p> <p>Mit ihrem Inkrafttreten sind alle Beschlüsse der bisherigen Gemeinden, soweit diese der neuen Verfassung widersprechen, aufgehoben.</p>	<p><b>Art. 68 Aufhebung widersprechender Bestimmungen</b></p> <p>Diese Verfassung ersetzt diejenigen der <b>früheren</b> Gemeinden Bivio, Cunter, Marmorera, Mulegns, Riom-Parsonz, Salouf, Savognin, Sur und Tinizong-Rona.</p> <p>Mit ihrem Inkrafttreten sind alle Beschlüsse der <b>früheren</b> Gemeinden, soweit diese der neuen Verfassung widersprechen, aufgehoben.</p>
<p>Also beschlossen durch die Urnengemeinde am 16. August 2015.</p>	<p>Also beschlossen durch die Urnengemeinde am 16. August 2015.</p> <p><b>Teilrevision von der Urnengemeinde beschlossen am ... Sie tritt mit der Genehmigung durch die Regierung in Kraft.</b></p>

2./16.3./12.4.2023/GAL